



## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

**Roland Appel / Michael Kleff (Hrsg.): Grundrechte verwirklichen – Freiheit erkämpfen. 100 Jahre Jungdemokrat\*innen.**

Baden-Baden: Academia, 2019, 964 S., ISBN: 978-3-89665-800-5

In diesem fast 1000 Seiten umfassenden „Lesebuch“ – so die Selbstdarstellung – wird auf die wechselvolle Geschichte dieses Jugendverbandes zurückgeblickt. Nach einem Geleitwort von *Gerhart Baum*, der die Verengung des Liberalismus auf wirtschaftsliberale Ziele beklagt, versuchen die Herausgeber die Frage, was Jungdemokraten angesichts ihres breiten und oft inhomogenen Spektrums eigentlich ausmacht, zu beantworten. Die Verwurzelung im Bildungsbürgertum, die Sensibilität für die Gefahr der Einschränkung von Freiheitsrechten durch Staat und Kapitalinteressen, die Skepsis – oft provokant geäußert – gegenüber Inhabern von Machtpositionen, der Einsatz für Grundrechte und Frieden verband Jungdemokraten über die Zeiten und später auch über Parteigrenzen hinaus.

Der kurSORische Rückblick auf „100 Jahre Jungdemokraten“ (S. 443 ff.) nennt die Namen der Vorstandsmitglieder und erwähnt wichtige Beschlüsse und Aktionen der jeweiligen Amtszeiten. Ist dies für die ersten knapp neunzig Jahre sehr informativ, so können für die Zeit von 2006 bis 2012 nur noch die Namen von Vorstandsmitgliedern genannt werden, jedoch keine Aktivitäten mehr. Es soll einen Liquidationsbeschluss gegeben haben, der nicht durchgeführt wurde. Der Bundesvorstand der „Liberalen Demokraten“ bedauerte zwar im März 2018 die Auflösung der JD/JL, konnte aber diese nicht offiziell bestätigen. Es soll noch im Register verzeichnete Landesverbände ohne Aktivität geben, wie auf dem Treffen der Altjungdemokraten vom 31.5.–2.6.2019 zu erfahren war. Die Brecht-Frage „weinte sonst niemand?“ ist angesichts des stillen und leisen Verschwindens dieser Organisation neu zu beantworten. Ob die seit 2014 stattfindenden Oldie-Treffen diese Lücke ersetzen können, erscheint fraglich.

Der erste Teil „Wer wir sind und was wir woll(t)en“ blickt sehr lebensnah in Reden, Interviews und zumeist persönlich gehaltenen Rückblicken auf die Geschichte zurück, der zweiten Teil präsentiert „Programmatische Schwerpunkte, Analysen und Dokumente“. Sehr unterschiedlich und daher multiperspektivisch und spannend sind die Ansätze der Reflexion, die thematischen Schwerpunkte und die Länge, die von einem Limerick bis zu einem 24-seitigen Rückblick reicht.

Da für die die Zeit der Weimarer Republik (Epoche 1) Zeitzeugenerinnerungen nicht zur Verfügung stehen, wurde der gelungene Versuch unternommen, dies durch Reden, historische Interviews und Zeitungsartikel zu rekonstruieren. Julie Meyer sah 1926 Gefahren für die Demokratie in der Abhängigkeit vieler Menschen von Großorganisationen und mangelnder Volksgemein-



schaft. Für Liberale sah sie die Gefahr, dass sie sich rückwärtsgewandt nach einer Position zwischen den Klassen sehnten; demgegenüber müsse man heute „Schulter an Schulter“ neben der Arbeiterschaft stehen (S. 41). In einer Rede von 1929 sah sie in Großbetrieben eine „soziale Gefahr“, weil diese immer auf Staatshilfe setzen könnten, nur auf „Rationalisierung“ zur Massenproduktion ohne Beachtung der Absatzchancen setzten und von Beamten ohne Wagemut (Galbraith nannte dies später mit positiver Würdigung „Technostruktur“) geleitet würden (S. 54 f.).

Nach dem Zweiten Weltkrieg (Epoche 2) waren die Deutschen Jungdemokraten zunächst ein brav in die Partei integrierter Verband, der mit seinen durchaus nationalistischen Zügen (Fackelzüge uniformierter Jungdemokraten zum Hermannsdenkmal, S. 77 f.) auch Strömungen in der Mutterpartei widerspiegelte. Die DJD entwickelten sich erst in den 1960er Jahren zum Vorkämpfer der Entspannungs- und Reformpolitik.

Nicht nur in der Zahl der Beiträge bildet die Zeit der sozialliberalen Koalition und deren Ende „zwischen APO und F.D.P.“ und „Liberale und neue soziale Bewegungen“ (Epochen 3 und 4) den Schwerpunkt dieses Werkes. Die Verletzungen und Enttäuschungen sind immer noch spürbar, wenn auf der einen Seite betont wird, dass die Jungdemokraten sich radikalisiert hätten und die FDP als „trojanischen Esel“ missbrauchen wollten (S. 76), auf der anderen Seite polemisch-kabarettistisch das „ius primae noctis“ zur Unterscheidung zwischen Altliberalen, die selbstverständlich dagegen gekämpft hätten, und Neoliberalen, die vor „bürokratischen Hemmnissen“ warnen würden, genutzt wird (S. 195).

Die Erinnerungen sind inhaltlich und formal so vielfältig, dass jeder Versuch einer Wiedergabe zum Scheitern verurteilt ist. So berichten viele Schreiber von politischen Schlüsselereignissen, die sie geprägt haben: von wichtigen Gesprächen im Vorfeld von Parteitagen und Kongressen, von studentischer Politik in LHV und VDS, vom Aufbau von jugendlichen Politikstrukturen in einzelnen Regionen, von Kontakten mit russischen Vertretern und Besuchen in der DDR bis kurz vor der Wende, beide mit eher abschreckender Wirkung, und von eigenen Politikfeldern wie Drogen-, Flüchtlings- oder Umweltpolitik.

Die „Liberalen Demokraten“ spielen nur am Rande eine Rolle; waren sie eine „neue Heimat“ statt zur SPD oder den Grünen abzuwandern (S. 865) oder „ein Versuch, die verlorene Zeit festzuhalten“ (S. 329), oder ein „aberwitziger Versuch, eine eigene Mutterpartei zu gründen“ (S. 335)? Die Erinnerungen sind hier sehr unterschiedlich.

Für alle sich Erinnernden dieser beiden Epochen ist der Eindruck vorherrschend, dass ein politischer Optimismus ihr Handeln prägte; dies gilt auch für die Zeit des parteiunabhängigen Jugendverbandes in den 80er und 90er Jahren. Im Rückblick waren dann die herrschenden Strukturen doch stärker und integrativer als man dachte (S. 328). Eine eher sozialpsychologische Analyse kommt zu folgenden Gemeinsamkeiten der Generationen:

1. Es gab immer einen Konsens über die Verteidigung von Freiheitsrechten gegen politisch und/oder ökonomisch Mächtige. Die einzelnen Aktionsfelder von Frieden und Abrüstung bis zur Kritik an der Volkszählung wechselten, die Betonung von Bürgerrechten und gleichen Teilhabechancen blieb. Dies verbindet ehemalige Jungdemokraten immer noch, auch wenn sie sich inzwischen in vier Parteien zersplittet haben.
2. Wer nach der „Wende“ die FDP verließ, dem war die Frage der sozialen Freiheitsrechte wichtig; wem die Freiheit zur wirtschaftlichen Betätigung wichtiger war, der blieb eher. Andere relevante Fragen wie die nach der Atomkraft, der Friedens- und Reformpolitik spielten nur eine Nebenrolle.
3. Wenn auch meist am Rande erwähnt: der Marxismus wurde fleißig studiert – so fleißig, dass man ihn oft besser kannte als die Ostmenschen. Die Realität der kommunistischen

- Herrschaft und die im Regelfalle ermüdenden Auseinandersetzungen mit SDAJ oder MSB, die ja immer alles besser wussten, ließ dieses Modell nicht attraktiv erscheinen.
4. Im Rückblick erscheinen Geschäftsordnungsdebatten mit Freude auch am formalen Streit eher erheiternd, die zahlenmäßige Dominanz männlicher Jungdemokraten eher überraschend.
  5. Die Menschen stießen aus sehr unterschiedlichen Motiven und Interessen zu den Jungdemokraten; eigentlich alle betonen als Motiv für das Bleiben in dieser Organisation die Offenheit der Diskussionen, die sachliche Qualität der Argumentation, sich bildende Freundschaften, das gemeinsame Erleben und Handeln.
  6. Gelernt habe man, dass politischer Streit bei persönlicher Freundschaft möglich sei. Bei der Ursachensuche wäre ein Bezug zu 4.2. natürlich chauvinistisch. Auch habe man Taktik und Fleiß gelernt; wenn nur Argumente zählen, sind diese zu suchen, zu finden und entsprechend einzubringen; auch mögliche Bündnispartner sind zu finden (= „Kungeln“).
  7. Ehemalige Jungdemokraten dieser Epochen sind verschiedene Wege gegangen; viele, deren Namen bekannt sind, blieben (oft erfolgreich) im Sektor der Politik im engeren Sinne. Andere zogen sich aus diesem Bereich zurück, ihr politisches Engagement blieb, verlegte sich aber auf andere im weiteren Sinne politische Bereiche von Amnesty bis zum Denkmalschutz.

Die Phasen der „Radikaldemokratischen Politik ohne Parteibindung“ (Epoche 5) und besonders die der „Aufklärung und Selbstzerlegung“ (Epoche 6), sind in geringerem Maße repräsentiert. Dies wurde auch auf dem erwähnten Kongress kritisiert. Das FDP-Mitglied *E. Klug* und die Grüne *C. Roth* leiten diese Phasen ein, sie schließen damit die Epoche der „Wende“ ab. Die Möglichkeiten eines Jugendverbandes ohne Parteibindung und die daraus resultierenden Zwänge werden von den Autoren als wichtig für ihr politisches Leben eingeschätzt (z.B.: S. 326 f.; S. 331). *P. Becker* blickt sowohl auf die Attraktivität einer Politik ohne Parteibindung als auch auf die damit verbundene geringe Wirkung in der Öffentlichkeit zurück und analysiert die umstrittenen Versuche bei den Grünen, später bei der WASG anzudocken. Die Vereinigung mit der Jungen Linken brachte keine Veränderung der Problematik. Aus Liebe zum Streit sei Mitte der 2000er-Jahre eine Selbstzerfleischung geworden (S. 333 f.), die Liebe zum innerverbandlichen Streit, der in frühen Phasen noch freundschaftlich war, endete im Chaos, im Ende der Organisationen. Besonders deutlich wird dies bei den Diskussionen über Israel und Flüchtlinge: Wie weit kann die Solidarität mit dem demokratischen Israel gehen, sind offene Grenzen für alle eine angemessene Antwort? (S. 374 f.). „Trotz alledem und alledem“ ist in den Erinnerungen die Freude an politischer Aktivität und Auseinandersetzung zu spüren. Der Zwiespalt zwischen einer reformerischen Parteiarbeit in der FDP und einer das System überwinden wollenden Analyse, die in der Trennung von der FDP endete, setzte sich fort.

Den Abschluss des ersten Teiles bildet die Frage der Perspektiven im Jahr 2019. Zunächst fragt *C. Lohmeier* nach dem Stand der Gleichberechtigung im Allgemeinen und besonders nach der Gleichbehandlung von Frauen im politischen Raum. Zwar gäbe es in Parlamenten einen höheren Frauenanteil, besonders bei den Parteien, die eine Quotenregelung eingeführt hätten, auch seien gesellschaftlich und juristisch Verbesserungen erreicht worden, aber es gäbe noch eine Fülle von zu beendenden Diskriminierungen (S. 409 f.).

*F. Neuhöffer* geht in seinem Beitrag von der antiken Staatslehre aus, die zwischen Demokratie und Oligarchie unterschied; das Interesse des „Demos“ ziele auf mehr Gleichheit, das der „Wenigen“ auf Abstand zum Volk. Das Volk könne seine Macht und seinen Willen nur in Wahlen äußern, die Wenigen dagegen hätten viele Machtoptionen (S. 419 f.). Nach einer Analyse der bundesrepublikanischen Entwicklung konstatiert er, dass wirtschaftliche Macht, Werbemacht und

Medienmacht die Hauptquellen der Macht seien, der demokratische Staat sei das „Sahnehäubchen“, das das Kompott weniger ungenießbar mache (S. 426).

G. Baum betont, dass er den „sozialen Liberalismus“ der Freiburger Thesen vermisst, die FDP habe ihre Programme auf Wirtschaftsthemen verengt und sei intellektuell verarmt (S. 427). Ein sozialer Liberalismus könne sich weder an Klientengruppen noch an Marktmechanismen orientieren; Ungleichheiten könnten nur – hier folgt er Rawls – akzeptiert werden, wenn sie die Produktivität der Gesellschaft befördern. Liberale seien sowohl für die Förderung von Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung als auch für klare staatliche Regelungen. Eine Partei, die Menschenrechte schütze, auf eine dem Sozialen verpflichtete Marktwirtschaft setze und Chancengleichheit fördere, sei im Angesicht der Krisen der Gegenwart eine Notwendigkeit (S. 429 f.).

R. Appel und M. Kleff stellen in zehn Punkten Reaktionen auf Gefahren für die Freiheitsrechte, die sie zuvor präzise analysiert haben, vor (S. 438 f.). Die Chance für einen radikaldemokratischen Weg läge darin, dass dieser immer wieder neue unideologisch-pragmatische Fragen stelle. Dies führen sie für den Bereich Kapitalismuskritik näher aus; weder sei eine Verrostung auf eine bessere Zukunft wie im Kommunismus noch eine neoliberalen Festlegung auf ein Wirtschaftsmodell akzeptabel. Der Kapitalismus sei nicht gerecht, mit Beseitigung der Ungerechtigkeit würde er überwunden werden (S. 439).

Im zweiten Teil wird eine klassisch historische Perspektive gewählt: Programmdiskussionen, historische Analysen und Dokumente stellen den Schwerpunkt dar. Dafür, dass auch hier der Schwerpunkt auf die Zeit von Mitte der 60er bis zu den 80er Jahren gelegt wird, dürfte neben der persönlichen Erinnerungskultur auch die weniger ergiebige Quellenlage Ursache sein. Neben einer Fülle von schriftlichen Quellen (z.B.: das „Leverkusener Manifest“ als zentrale Stellungnahme, S. 655 ff.; „Freie Kirche im freien Staat“, S. 681 ff.; „Manifest zur Frauenemanzipation“, S. 684 ff.) und Bildquellen zur allgemeinen Geschichte der Jungdemokraten werden einzelne Politikfelder analysiert:

- der Kampf für den Erhalt von Freiheitsrechten (gegen Berufsverbote, hysterische Reaktionen auf die RAF und Volkszählung) (S. 707 ff.);
- Bildungspolitik, Hochschulpolitik des LHV (S. 727 ff., S. 857 ff.);
- Friedens- und Sicherheitspolitik einschließlich des Kontaktes zu Menschen und Organisationen im Warschauer Pakt, die einen besonderen Schwerpunkt darstellen (S. 767 ff.);
- Liberale Zentren und radikaldemokratische Kultur (S. 867 ff.).

R. Appel präsentiert kenntnisreich und stringent die Geschichte der Jungdemokraten in Zeit der Weimarer Republik, die bei ihrer/ihren etwas chaotischen Gründungsversammlung(en) die Parteianabhängigkeit der Jugendorganisation festgelegt hatten (S. 500). Die Jungdemokraten sahen sich als einen Sammelpunkt für „radikale, soziale, demokratische und republikanische Politik im Sinne Friedrich Naumanns“, was aktuell einen Einsatz gegen die Reichspräsidentenkandidatur Hindenburgs und für die Abschaffung des § 218, der Todesstrafe, für die Trennung von Kirche und Staat sowie für ein liberales Scheidungsrecht zu Folge hatte (S. 512 ff.).

M. Kleff stellt sachkundig und umfangreicher basierend auf seiner Diplomarbeit die Geschichte der Jungdemokraten für die Zeit von 1945 bis 1975 dar. In der Gründungsphase habe es besonders in Niedersachsen und NRW einen starken nationalistischen Flügel, der auch von FDP-Kreisen unterstützt worden sei („Junge Adler“) gegeben, auch sei lange umstritten gewesen, ob der Name „Bundesvorstand“ oder „Reichsvorstand“ angemessen sei (S. 568 f.). Die Jungdemokraten hätten sich dann zu Vordenkern entwickelt: im Verhältnis zum Staat als möglicher Garant von Freiheit (S. 590), im Verhältnis zur SPD (S. 585 f., 595 f.) und in der Ostpolitik (S. 588, 598 f., 605). Einen Schwerpunkt legt Kleff auf die innerverbandliche Diskussion um das libertäre Bon-

ner Manifest und das materialistische Berliner Manifest (S. 623 ff.) sowie auf das Leverkusener Manifest und die Folgen für das Verhältnis zur FDP (S. 630 ff., S. 638 ff.).

Auf die Kampagne „Das Grundgesetz in die Gesellschaft tragen“ von 1974 blickt *Th. Schiller* zurück. Die Erwartungen an die Reformpolitik in Gesellschaft und Wirtschaft seien nach der Wahl 1972 hoch gewesen, bis 1974 seien diese deutlich zurückgegangen. Modernisierer und Kritiker wären in der Defensive gewesen. Die von der CDU/CSU forcierte Suche nach „Sympathisanten“ und „Verfassungsfeinden“ habe das innenpolitische Klima beeinträchtigt. Die Jungdemokraten hätten sowohl die garantierten Rechtspositionen gegen staatliche und gesellschaftliche Herrschaftsansprüche betont als auch ihr Ziel, die Prinzipien der Demokratie und der Menschenwürde konsequent auch auf nicht-staatliche Sektoren zu übertragen (S. 702).

Den Abschluss des Bandes bilden vier „Schwanengesänge“ auf den sozialen Liberalismus, die nochmals die Zeit der Wende reflektieren. Während *H.-P. Knirsch* die Zwei-Wege-Strategie als gescheitert ansieht, nicht weil die Arbeit innerhalb und außerhalb der Institutionen falsch gewesen, sondern weil sie in der Praxis falsch umgesetzt worden sei (S. 899), beschreibt *R. Appel* seinen Weg von den Jungdemokraten zu den Grünen. Sein mündlich geäußertes Bonmot, dass er sein Leben lang in der gleichen Partei gewesen sei, nur deren Name habe sich geändert, könnte eine Überschrift für diesen Artikel sein (S. 901 ff.).

Das Werk insgesamt ist höchst lesenswert, weil die Unterschiedlichkeit der Verfasser zum Lesen einlädt; es handelt sich wirklich um ein „Lesebuch“. Die bereits angesprochene Schwerpunktsetzung in der „Wendezeit“, bedingt durch die Biographie der meisten Autoren, führt dazu, dass insbesondere die frühe Zeit der Jungdemokraten in der Bundesrepublik und die der JD/JL mit vielen Erfahrungen aus den neuen Bundesländern weniger in den Blick kommen. Auch findet keine Auseinandersetzung mit dem „Neoliberalismus“, der eigentlich nur in Deutschland so bezeichnet wird, während er in Angloamerika „neoconservatism“ genannt wird, statt. Ebenso ist die Frage nach dem Bündnis mit Arbeiterschaft und SPD mangels Masse derselben obsolet geworden.

Was blieb von den Jungdemokraten 2019? Vielleicht die gesellschaftliche Offenheit und das politische Interesse eines kritischen Bürgertums, das sich nicht mehr wie in den 70er Jahren seiner Bürgerlichkeit schämt; die Informationen über die Autoren zeigen, dass ein gelingendes Leben auch ohne politische Karriere möglich ist. Wenn FDP und Grüne zum kritischen Bürgertum gezählt werden, so weisen die Umfragen dieses Sommers nach, dass eine bürgerrechtliche, ökologische und soziale Politik durchaus in die Nähe der Mehrheit kommen kann. Der von den Jungdemokraten gepflegte schwierige Kontakt zu autoritären Regimen und insbesondere mit deren Bürgern könnte vorbildhaft sein. Der zweite Weg jenseits der Institutionen ist gerade in einer Zeit, in der sich Milieus abkapseln, sehr relevant. Als Beispiele seien nicht nur Neonazis und Islamisten genannt; auch in ökologisch heilen Kreisen des gehobenen Bürgertums, bei anti-religiösen „Brunisten“, bei elitären Privatschülern und -hochschülern nimmt man andere Lebensformen und Traditionen nicht wahr. Ernst nehmen des Anderen, Radikalität in der Analyse und politisch pragmatisches Handeln. Das ist das – wohl idealisierte – Selbstbild der Jungdemokraten, das als Ideal immer noch brauchbar ist.

Bonn

Georg Osterfeld



ARCHIV DES  
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung  
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

r| recensio.net